Lokalausgabe der Stuttgarter Zeitung

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 158 | 28. Woche | 80. Jahrgang | E 4504 A | Donnerstag, 11. Juli 2024 | 2,70 €

Foto: imago/Telmo Pinto Montage: Detsch

Demokratie in Gefahr

Kampfplatz Politik

Rechtspopulisten setzen auf die Wut der Bürgerinnen und Bürger. Halten die Verteidiger liberaler Werte diesem Zorn genug entgegen? Seite 32

Ditzingen
Das Planfeststellungsverfahren für die Stadtbahnstrecke läuft **Seite 17**

Perouse/Rutesheim
Nach 35 Jahren im Gemeinderat hört Ulrich Servay auf **Seite 19**

Lokalsport
Personaltrainer Roy Epple gibt Tipps für eine gute Figur **Seite 20**

Abwarten wird nicht toleriert

An einem „Mangelhaft“ für ihre Schulpolitik ist Grün-Schwarz nur knapp vorbeigeschrammt.

Von Bärbel Krauß

Nicht einmal ein Drittel der Bürger gibt der Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung gute Noten. Ein befriedigendes Zeugnis ist das gewiss nicht für Kultusministerin Theresa Schopper, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (beide Grüne) und auch nicht für die CDU als Koalitionspartner. Denn dass die Landesregierung so lange so wenig Initiative zur Lösung ganz offenkundiger Probleme an den Schulen entwickelt hat, ist dem Unwillen und der Unfähigkeit beider Partner geschuldet, über ideologische Differenzen in den hoch umstrittenen Schulfragen hinweg zu pragmatischen Kompromissen zu gelangen. Das hat die Handschrift des Bildungskapitels im Koalitionsvertrag geprägt und in der Konsequenz zum schulpolitischen Attentismus über weite Strecken der Legislaturperiode geführt.

Die Werturteile, die die befragten Bürgerinnen und Bürger im jüngsten BaWü-Check zur Bildungspolitik formuliert haben, sind auch eine Quittung dafür. Wahrscheinlich hätten sie zum „Mangelhaft“ tendiert, wenn Grün-Schwarz sich nicht dem Druck von unten gebeugt hätte – und die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium samt einer wenigstens leichten Ausdünnung der viel zu verästelten Schulstruktur nicht auf die Agenda gesetzt hätte. Wäre es allein bei dem Programm zur Sprachförderung in Grundschulen und Kitas geblieben, das Grün-Schwarz wegen der grassierenden Lese- und Rechenunfähigkeit beschlossen hat, wäre die Unzufriedenheit mit der Schulpolitik noch massiver. Insofern sind die Regierenden wohl noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Hohe Zustimmungswerte bekommt die grün-schwarze Koalition für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium und zu einer strengeren Grundschulempfehlung sowie für die Einführung eines neuen Schulfachs „Medienbildung“ an Gymnasien und vermutlich auch an anderen weiterführenden Schulen. All das sind Neuerungen, die in Zusammenhang mit der Reform der Gymnasien nötig geworden und ins Werk gesetzt worden sind – beziehungsweise werden. Denn auch wenn der Regierungsentwurf zur Änderung des Schulgesetzes auf der Zielgeraden ist, wird es noch dauern, bis die Konzepte in den Details ausgearbeitet sind.

Es mag für die Landesregierung einen bitteren Beigeschmack haben, dass laut der aktuellen Meinungsumfrage in der Bevölkerung wieder einmal das Gymnasium die Aufmerksamkeit auf sich zieht, während sie selbst der Stärkung der Grundschulen – völlig zu Recht – viel größeres Gewicht beimisst. Möglichst allen Kinder die Grundlagen beim Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen, ist nun einmal die zentrale Qualitätsanforderung an ein Schulsystem. Dass die Schulen im Südwesten dies – unabhängig von der Zusammensetzung der Schülerschaft – tatsächlich schaffen, ist die elementarste Reformaufgabe im Bildungsbereich. Wird sie nicht bewältig, hat nicht nur ein großer Teil der nachwachsenden Generation, sondern auch der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ein Problem.

Insofern kann für die Landesregierung nur gelten, dass sie die Reform der Gymnasien vernünftig umsetzen muss, ohne die Fokussierung auf die Verbesserung der Grundschulen aufzugeben. Aus der aktuellen Meinungsumfrage kann sie bei aller Kritik immerhin etwas Positives mitnehmen: In den Augen der Bürger stimmt die Richtung bei den Schulreformen. Auch für die Landespolitik insgesamt gibt es eine Lehre: Wenn die Schulen in Schieflage sind, wird Abwarten von den Bürgerinnen und Bürgern nicht toleriert.

Schlechtes Zeugnis für Grün-Schwarz

Eine Umfrage der Zeitungsverlage im Südwesten zeigt: Jeder Zweite fällt ein kritisches Urteil über die Schulpolitik der Landesregierung.

Von Bärbel Krauß

Jeder zweite Bürger Baden-Württembergs stellt der grün-schwarzen Bildungspolitik ein kritisches Zeugnis aus. Das hat der jüngste BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage erhoben hat, ergeben. Nur 28 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger insgesamt stellen der Landesregierung für ihre Bildungspolitik ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Bei den Eltern schulpflichtiger Kinder, die direkten Einblick in die aktuelle Wirklichkeit in den Klassenzimmern haben, ist der Anteil deutlich höher und liegt bei 37 Prozent. Aber insgesamt bleibt das Urteil für die Bildungspolitik sehr gemischt. In beiden Testgruppen zieht 51 Prozent der Befragten eine weniger oder gar nicht gute Bilanz.

Damit bekommen Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Kultusministerin Theresa Schopper (beide Grüne) und die CDU als aktueller Koalitionspartner auch die Quittung für wachsende Probleme an den Schulen. Lehrermangel, zunehmende Gewalt und ungenügende Deutschkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher machen den meisten Befragten dabei die größten Sorgen. Immerhin trifft die vor wenigen Wochen von der grün-schwarzen Koalition beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium auf Zustimmung: 70 Prozent befürworten diese Entscheidung. Die Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung hat Rückhalt bei 62 Prozent.

Die Schulen selbst schneiden in der Bewertung der Bevölkerung deutlich besser ab als die Politik. Aktuell finden 47 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihre Arbeit gut oder sehr gut. Allerdings fiel das Urteil laut dem Allensbacher Institut vor zehn Jahren noch mit 75 Prozent positiv aus. „Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Landes und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Meinungsforscher dazu.

Insgesamt bleibt die Stimmungslage in Baden-Württemberg der Umfrage zufolge verhalten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt die aktuelle Situation negativ wahr. Die Stimmung für die nächsten zwölf Monate ist von Skepsis (28 Prozent) oder sogar von Befürchtungen (26 Prozent) gekennzeichnet. Nur ein knappes Drittel (32 Prozent) der Befragten schaut mit Hoffnungen in die unmittelbare Zukunft.

– Respekt für die Arbeit der Pädagogen **Seite 6**

Eigenanteil für Pflege im Heim steigt weiter

BERLIN/STUTTGART. Wer im Pflegeheim lebt, muss dafür immer mehr selbst bezahlen. Die monatlichen Eigenanteile sind innerhalb eines Jahres auf durchschnittlich 2871 Euro geklettert. Besonders hoch ist der Eigenanteil in Baden-Württemberg, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen mit Stand zum 1. Juli ergibt. Demnach waren im ersten Jahr im Heim im Schnitt 3180 Euro pro Monat aus eigener Tasche fällig – das sind 149 Euro mehr als Mitte 2023. Mehr als im Südwesten muss nur in Nordrhein-Westfalen bezahlt werden. *dpa*

– Kommentar: Im Ungleichgewicht **Seite 3**
– Pflege im Heim noch teurer **Seite 4**

Luff

„Riecht nach Spaltpilz!“

Die EM in der StZ

Spanien Lamine Yamal gilt als Wunderkind des Fußballs. Wie kam es dazu? **Seite 25**

DFB-Elf Thomas Müller (34) will seine Karriere in der Nationalelf beenden. **Seite 26**

England im Finale

DORTMUND. England bestreitet das Endspiel der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland gegen Spanien. Das Team von Trainer Gareth Southgate setzte sich am Mittwochabend in Dortmund mit 2:1 gegen die Niederlande durch und spielt am Sonntag (21.00 Uhr) im Finale in Berlin. **Seite 26**

Jets werden geliefert

WASHINGTON. Nach rund einjähriger Verzögerung haben die Nato-Partner mit der Lieferung von F-16-Kampfjets an die Ukraine begonnen. Dänemark und die Niederlande erklärten am Rande des Nato-Gipfels in Washington, der Transfer der Maschinen sei mit Unterstützung der USA angelaufen. **Seite 4**

Baerbock verzichtet

BERLIN/WASHINGTON. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) verzichtet auf eine erneute Kanzlerkandidatur. Statt in einer Kanzlerkandidatur gebunden zu sein, wolle sie angesichts der internationalen Krisen ihre Kraft weiterhin voll und ganz ihrer aktuellen Aufgabe widmen. **Seite 4**

AfD positioniert sich

BRÜSSEL. Einen Monat nach den Europawahlen sortiert sich das Rechtsaußen-Lager im Europaparlament neu. Die AfD gab am Mittwoch die Gründung einer eigenen Fraktion bekannt. 25 Abgeordnete aus acht Ländern sollen der neuen Fraktion angehören, darunter 14 AfD-Politiker. **Seite 7**

Wetter Seite 14

Donnerstag	Freitag	Samstag
26°/17°	25°/17°	20°/14°

Börse Seiten 12, 13

- **Dax** 18 407,22 Punkte (+ 0,94 %)
- **M-Dax** 25 613,88 Punkte (+ 1,43 %)
- **Euro** 1,0825 Dollar (Vortag: 1,0814)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

48028
4 190402 902708

Machtkampf auf Spitzbergen

Russland will sich auf der Inselgruppe breit machen. Das passt Norwegen gar nicht.

Von Jens Mattern

In der Siedlung „Pyramiden” auf Spitzbergen wacht noch immer eine Leninbüste über die alte Kohleförderanlage, die Holzhäuser und Betonbauten. Doch die Geisterstadt soll bald wieder zum Leben erweckt werden: Der Kreml will in der 1998 aufgegebenen russischen Bergarbeitersiedlung auf dem arktischen Archipel ein internationales Kultur- und Forschungszentrum einrichten, in Kooperation mit einigen weiteren Staaten, darunter China. Die norwegische Regierung, der die Inselgruppe gehört, lehnt das entschieden ab.

Schon lange zweifelt der Kreml die norwegische Souveränität auf Spitzbergen an, die Russen wollen auch die Fischereischutzzone um die Inseln und die Naturschutzgesetze nicht akzeptieren. In jüngster Zeit häufen sich die Provokationen. So wurde ein orthodoxes Kreuz in einem Naturschutzgebiet nahe der Siedlung aufgestellt, sowie die sowjetische Fahne auf dem namensgebenden Berg „Pyramiden“ gehisst – und zwar vom russische Bergbau-Unternehmen Trust Arktikugol, das weiter südlich in Barentsburg noch Kohle abbaut.

Die rechtliche Grundlage für das Wirtschaften auf der Inselgruppe bietet der Spitzbergenvertrag von 1920. Er spricht Norwegen die Souveränität zu und erlaubt allen Unterzeichnerstaaten freie wirtschaftliche Tätigkeit auf den Inseln, die als entmilitarisierte Zone definiert wurden. Schon die Sowjetunion war wegen der Steinkohle präsent; die Kooperation funktionierte auch während des Kalten Krieges. Doch mit der Invasion in die Ukraine nehmen die Spannungen zu. Vor zwei Wochen kündigte der stellvertretende Direktor des Instituts für Meeresbiologie in Murmansk, Denis Moiseev, an, es werde noch dieses Jahr mit Bau des Forschungszentrums begonnen. Es ginge um den Klimawandel in der Polarregion. Eines ist jetzt schon klar: Hier steht vor allem auch das politische Klima auf dem Spiel.

// News stuttgarter-zeitung.de // Newsletter stuttgarter-zeitung.de/newsletter // News stuttgarter-zeitung.de/stadtkind

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft, Stuttgart
Eine Dienstleistung des SZ-Archivs
yeiting
301.0..STZ20240711S9756193